

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Tageblatt Rieser  
Ferauf Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1580.  
Strotasse:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 179.

Dienstag, 2. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; geltraudender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Unentschieden.

Der Kampf ist zu Ende, die Schlacht blieb unentschieden. Das ist der erste Eindruck, den die Wahlergebnisse vermitteln, und der Eindruck wird bestätigt, je mehr man zu rechnen und die Möglichkeiten zu überprüfen beginnt. Unentschieden heißt so viel, wie es ist zu keiner Rechts- und keiner Linksmehrheit gekommen. Die nationalsozialistischen Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die Mandatszahl ist fast verdoppelt worden, aber selbst wenn alle Parteien rechts vom Zentrum hinzugenommen werden, kann sich keine Mehrheitskoalition bilden. Das wäre auf der Linken möglich, wenn das Zentrum sich entschließen, mit den Kommunisten zu gehen. Aber wir wissen bereits, daß das Zentrum es im preussischen Landtag abgelehnt hat, mit den unauverlässlichen Kommunisten zu rechnen und sich mit dieser negierenden Partei auf einen Boden zu stellen. Ohne Kommunisten sind die Linksparteien aber zu der gleichen Ohnmacht wie die Rechtsparteien verdammt. Die Kommunisten können also, just so wie im preussischen Landtag, sich nach Verzweiflungsergenissen und den Reichstag arbeitsunfähig machen.

Aber eine Lösung aller Schwierigkeiten wäre dennoch möglich, da ja das Zentrum das Sänglein an der Waage bildet. Es vermag, wenn es Neigung dazu hat, mit den Nationalsozialisten einen festen und arbeitsfähigen Block zu gründen, der auf die anderen Parteien keine Rücksicht zu nehmen braucht. Das Zentrum ist die Schlüsselpartei, die dem Parlament ein Ende machen könnte. Ob es sich dazu entschließen wird, bleibt abzuwarten. Rame es im Reich zu einer Verständigung, dann würde auch die Verständigung in Preußen folgen und endlich Ruhe eintreten. Es muß angenommen werden, daß die Nationalsozialisten verhandlungsbereit sind, nachdem sie wieder das Exempel aus der Probe machten. Sie mußten einsehen, daß nach der Zerreibung der Mittelparteien keine erheblichen Mehrheiten mehr vorhanden sind und daher keinerlei Möglichkeit besteht, jemals eine absolute Mehrheit zu erlangen.

Wird man sich nun klar über das eigentlich für alle unbefriedigende Wahlergebnis, so ist man auch verpflichtet, die Überraschungen zu sehen, die diese Wahl wie jede Wahl bisher brachte. Das Anwachsen der Nationalsozialisten war voraussehbar; es konnte aus den Ergebnissen der letzten Wahlen vorher errechnet werden. So ungefähr wurde der Wahlausgang für die Nationalsozialisten von vielen Seiten angenommen. Aber man hat — wie sich zeigt — die Werbefähigkeit der Eisernen Front erheblich überschätzt gehabt. Stets argumentierte man, die Sozialdemokraten würden — namentlich nach den letzten Vorgängen in Preußen und durch ihre Opposition zur Regierung — einen erheblichen Zuwachs erhalten. Dieser Zuwachs ist ausgedehnt; die Partei hat sich zwar ganz gut gehalten, immerhin aber doch einige Mandate verloren. Dieser Verlust wiegt um so mehr, als sich die Wählerzahl erheblich vermehrt hat und deshalb die Zahl der Reichstagsmitglieder sich von 577 auf 607 vermehrte. Doch auch in diesem Abwinken der Sozialdemokraten liegt noch nicht die eigentliche Überraschung. Sie ist vielmehr in dem starken Anwachsen der Kommunisten zu sehen. Man muß sich darüber klar sein, daß die Kommunisten durchaus keine so nachhaltige und umfassende Propaganda trieben, wie Nationalsozialisten und Eisernen Front, und dennoch den Überraschungserfolg zuwege brachten. Die Annahme, die Partei sei auf dem Höhepunkt, die sich nach den Verlusten der Partei bei den verschiedenen Wahlen ergab, ist trügerisch gewesen. Sie hat bei der Reichstagswahl den erheblichen Stimmenverlust so ziemlich eingeholt. Eine Erklärung ist nicht leicht zu finden. Es kann doch unmöglich die Einstellung der Kommunisten zum Generalstreik oder zu tätlichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern sein, die ihr neue Anhänger zuführten.

Daß das Zentrum gut abschnitten würde, lag auf der Hand. Schon bei den letzten Wahlen konnte man das Anwachsen demokratischer Wähler, die ihre Stimme nicht nutzlos abgeben wollten, zum Zentrum feststellen. Aus den Reihen der Mittelparteien sind jedenfalls viele Wähler zum Zentrum gestoßen, die das Zentrum einmal als demokratische Partei nehmen, sich scheuen, mit den Sozialdemokraten zu lieren und vielleicht auch in sich noch einen Kerger über die Entlassung Brüning's verspürten. Der Gewinn des Zentrums wird nicht von bauerndem Bestand sein. Die neuen Wähler werden auf kurz oder lang wieder zu ihren alten Parteien fliehen. Wenn freilich die Mittelparteien, die wiederum starke Verluste aufweisen müssen, sich wieder erholen werden, läßt sich gar nicht übersehen. Durch die geringe Zahl der überlebten Mandate sind sie ziemlich bedeutungslos geworden und haben auch keine Möglichkeit mehr, durch parlamentarische Arbeiten aufzufallen oder irgendwie eine Mitbestimmung zu erreichen.

Das Unentschieden der Wahl hat nun den Gedanken laut werden lassen, daß es zu einer Neuwahl kommen muß. Nun aber läßt sich ziemlich deutlich übersehen, daß auch eine Neuwahl nichts ändern könnte. Die Fronten zeigen sich inzwischen fest gefügt, sie können sich nur unmerklich verschieben, ohne daß eine ausschlaggebende Änderung zu erreichen ist.

## 607 Reichstagsabgeordnete.

(Berlin. Der Reichswahlleiter teilt mit: Infolge nachträglicher Meldungen einiger Kreiswahlleiter (insbesondere durch Eingang der Ergebnisse aus den Bahnhofs-Wahllokalen) hat sich die Stimmenzahl vermehrt. Dies

## Der Reichstanzler über das Wahlergebnis. Kein Anlaß zur Aenderung der Reichspolitik.

Berlin, 2. August.

Der Reichstanzler gewährte dem Vertreter der Associated Press, Louis P. Cosme, ein Interview, in dem er rundweg und unzweideutig erklärte,

keine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Der Reichstanzler erklärte dann: Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestehen der Regierung gutgeheißen hat, das Land von der Parteikontrolle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unser Bemühen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, geduldet werde.

„Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm aufbauenden Strebens vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angeht, das dringende Bedürfnis nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen wollen.“

Der Gedanke an die Möglichkeit eines Minderheitsbündnisses schien den Reichstanzler, wie der Vertreter der Associated Press bemerkte, vollkommen unberührt zu lassen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Zentrumspartei, der er angehört, bevor er Reichstanzler wurde, und die ihn während des Wahlfeldzuges sehr bekämpfte, nicht das Obium auf sich laden würde, eine neue Kabinetskrise hervorzurufen. Hinsichtlich Adolf Hitler war er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei,

daß die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse.

Der Reichstanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsjournalisten gesprochen hatten, aber niemand habe gehandelt. Binnen wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinsamten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Landesformen zu verwirklichen, die sowohl im Reich, als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürfen.

Als der Vertreter fragte, was der Reichstanzler mit seiner Anspielung auf eine mögliche Verfassungsrevision in seiner letzten Rundfunkrede gemeint habe, antwortete der Kanzler:

„Der jetzige Reichstag besteht, so wie er gegenwärtig aus einer einzigen Kammer besteht, nach der Verfassung und Auslegung, die beispielsweise der amerikanische Kongress im Senat besitzt, außer Reichweite, unser Bundesrat, kann nicht mit Ihrem Senat verglichen werden. Seine Befugnisse sind weit geringer. Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht. Eine andere Sache, die beachtet werden muß, ist unser sogenanntes Einparteiensystem, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Es besteht da kein persönlicher Kontakt oder praktischer Kontakt zwischen dem Kandidaten und seinen Wählern. Dieser hat nicht einmal einen Einfluß auf die Ausweisung eines Kandidaten. Diese erfolgt für gewöhnlich durch einen kleinen Volksgangsauswahl der Partei. In England und Amerika muß sich ein Kandidat in seinem Wahlkreis heuten und das Vertrauen der Wähler, die ihn wählen, gewinnen. In Deutschland entscheidet ein Wähler über die Partei, die er zu unterstützen wünscht, aber er hat keinen Kontakt mit seinem Kandidaten. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert werden wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wieder her-

gestellt wird. Habe es gegeben ein solches System gegeben, dann hätte ich in meinem einmaligen westfälischen Wahlkreis gewonnen, wo mich jeder kennt, und ich hätte mich selbst als Kandidat auf der Kandidatenliste des Zentrums gemeldet: ich bin sicher, daß ich gewählt worden wäre.“

Als der Vertreter den Reichstanzler darauf aufmerksam machte, daß einige amerikanischen Zeitungen das Ergebnis der Reichstagswahl in dem Sinne interpretierten, daß 60 Prozent des neuen Reichstages antirepublikanisch eingestellt seien, womit sie die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten meinten, erklärte Herr von Papen: „Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das Land auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum bejodet, kein Haus in Ordnung zu bringen und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“

Ju den außenpolitischen Problemen übergehend, bemerkte der Reichstanzler, daß die deutsche Regierung nicht eine Politik der Autarkie zu ihrer Hauptpolitik mache. Er sagte, die autarkischen Bemühungen, die wir machen, sind uns durch die Weltlage aufgezwungen worden und sind nicht aus unserem Willen hervorgegangen. Wir wollen ebenso sehr wie irgendeine andere Nation daran mitarbeiten, daß die Zollmauern niedergelegt werden und der Güterausgleich erleichtert wird. Leben und Lebensaffen ist unser Wahlpruch.

Gegen Ende des Interviews machte der Vertreter der Associated Press den Reichstanzler darauf aufmerksam, daß die Linkspresse der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie gegen kommunistische Ausschreitungen Stellung nehmen, aber nicht sage, daß Nationalsozialisten sich Gesetzesübertretungen zuschulden kommen ließen. Der Reichstanzler erwiderte darauf unverzüglich und bestimmt: Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird erfaßt, daß wir entschlossen sind, rasch und summarisch mit ihm zu verfahren. Der Reichstanzler verneinte, daß die Absicht bestände, die kommunistische Partei für außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

## Die Regierung stellt sich dem Reichstag.

(Berlin. Auch in Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, erklärt man, der Ausfall der Wahlen vom 31. Juli entspreche durchaus den Erwartungen. Wenn in einem Teil der Presse von einer Niederlage der Regierung u. Papen geredet wird, so weist man demgegenüber darauf hin, daß die Regierung von vornherein gewußt habe, wie das Resultat der Wahl sein würde. Das könne man schon aus der Arbeit und dem Ziel des Kabinetts erleben. Die Situation sei von vornherein klar gewesen: die Regierung habe auf dem Standpunkt gestanden, daß der Reichstag vom September 1930 nicht mehr dem Volkswillen entsprochen habe. Nachdem sich das in verschiedenen Wahlen gezeigt habe, habe sich zwangsläufig die Notwendigkeit ergeben, einen neuen Reichstag zu wählen, der wirklich dem entsprach, was das Volk wünschte. Und dieser neue Reichstag gebe auch klar und eindeutig die Stimmung des Volkes wieder, die dahin gehe, alle Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen, die mitarbeiten wollen und sollen. Gleichzeitig drücke sich aber in dem Wahlergebnis auch die große Gefahr aus, an die die Reichsregierung gedacht habe, als sie sich zu ihrem Vorgehen in Preußen entschloß; wenn die Dinge so weiter gelaufen wären, wie sie unter der alten Preußenregierung liefen, dann würde die kommunistische Mandatszahl im neuen Reichstag noch viel größer geworden sein. Nachdem nun das Volk seine Pflicht erfüllt habe, bestimme die Regierung eine Basis, auf der sie fruchtbringende Arbeit leisten könne. Den großen Rahmen für diese Arbeit habe der Reichstanzler in seiner letzten Rundfunkrede angedeutet. Auf diesem Boden werde die Regierung, frei von allen parteipolitischen Rücksichten und Bindungen, weiterarbeiten und im Reichstag die Unterstützung finden, die sie für ihre Arbeit brauche. Selbstverständlich werde das Kabinett sofort vor den Reichstag treten.

In der Zahl der der Zentrumspartei zustehenden 78 Sitze sind mit enthalten 2 Sitze, die auf den Kreiswahllokalen im Wahlkreis 27 (Pfalz): Zentrum und Bayerische Volkspartei entfallen sind.

## Der prozentuale Anteil der Parteien.

\* Berlin. Von den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen (36 845 279) entfielen auf die einzelnen Parteien: SPD, 21,6 v. H., NSDAP, 37,2 v. H., Kommunisten 14,3 v. H., Zentrum 12,4 v. H., DNVP, 5 v. H., DVP, 1,2 v. H., Wirtschaftspartei 0,4 v. H., Staatspartei 1 v. H., Bauernische Volkspartei 3 v. H., Landvolk 0,2 v. H., Christlich-Sozialer Volksdienst 1 v. H., Deutsch-Hannoverscher 0,1 v. H., SA, 0,2 v. H., Radikaler Mittelstand 0,2 v. H., Württembergische Weingärtner 0,2, Deutsche Bauern 0,4 v. H.

wirkt sich auch in den Mandatszahlen aus. Die Gesamtzahl der Mandate beträgt, wie wir bereits gestern gemeldet haben, 607. Davon entfallen auf:

Sozialdemokraten	138
NSDAP	280
SPD. (einschl. SA)	60
Zentrum	78
DVP, plus DNVP, plus Landvolk plus Radikaler Mittelstand	45
Deutsche Staatspartei	4
Bayer. Volkspartei plus Wirtschaftspartei	22
Christl.-soz. Volk. Bauernpartei	4
Landbund	2
Dtsh. Bauernpartei	2

zusammen 607